

POSITIONSPAPIER

MEDIENVIELFALT ERHALTEN

Existenz bayerischer
Medienunternehmen und
Medienschaffender sichern!

MEDIENVIELFALT ERHALTEN

Existenz bayerischer Medienunternehmen und Medienschaffender sichern!

In dieser Krise wird sehr deutlich, welche Bereiche systemkritisch für uns sind. Der Gesundheitssektor gehört unzweifelhaft dazu, natürlich die Versorgung mit Lebensmitteln, aber auch der Zugang zu unabhängigen und sorgfältig recherchierten Informationen.

Weit mehr Menschen als sonst fragen derzeit journalistische Qualitätsmedien nach, um sich über die aktuellen Entwicklungen zu informieren. Aber auch Unterhaltung, Entspannung und Bildung, also das was Medien darüber hinaus zu bieten haben, werden häufiger genutzt. Guter Journalismus, gute Medieninhalte kosten Geld, doch dieses Geld fehlt. Denn diese Nutzung geht nicht mit Mehreinnahmen für diejenigen einher, die Medien anbieten oder Inhalte erstellen, sondern ganz im Gegenteil. Das strukturelle Problem, dass Medienerzeugnisse nicht adäquat bezahlt werden, obwohl sie dringend nötig sind, wird in Krisenzeiten wie diesen noch offensichtlicher.

Eine neue Verlagskrise und ein weiteres Zeitungssterben stehen uns bevor. Medienhäuser und Rundfunkanbieter jeder Größe sehen sich in Existenznot, nicht nur lokale oder regionale. Der Werbemarkt ist dramatisch eingebrochen, eine schnelle Erholung ist nicht in Sicht. Verlage melden Kurzarbeit an, freie Journalist*innen bekommen keine Aufträge mehr, aber bisher auch keine Soforthilfen. Wir befinden uns in einer sehr ernsten Situation, was den Erhalt unserer Medienlandschaft betrifft. Sowohl Medienunternehmen als auch der Erhalt des Know-Hows der Branche sind bedroht. Die Corona-Krise gefährdet damit die Infrastruktur unserer Demokratie. Es ist an uns politische Lösungen dafür zu finden, dass die Corona-Krise nicht in den kommenden Monaten zum Totengraber vieler Medienhäuser wird. Sei es, weil sie sich derzeit in einem kostspieligen Transformationsprozess befinden oder aufgrund der allgemein schwierigen wirtschaftlichen Lage bereits vor der Krise unter Druck standen.

Journalismus findet derzeit eine sehr große Beachtung. Vielen Menschen wird jetzt bewusst, welche Bedeutung verlässliche, aktuelle Informationen und die Einordnung und Bewertung von politischen Entscheidungen für jede und jeden einzelnen von uns haben. Medienanbieter müssen dies für sich nutzen und nun ihre Kreativität und ihre Innovationskraft unter Beweis stellen und diese Menschen jetzt an sich binden. Nur dann wird es ihnen gelingen, gestärkt aus dieser Krise hervorzugehen und uns gelingen, unsere Medienvielfalt dauerhaft zu erhalten. Doch über ein reduziertes Angebot wird dies sicherlich nicht erreichbar sein. Daher sehen wir Grüne es als vordringliche Aufgabe, unserer Medienbranche in Bayern den dafür nötigen Mut und den nötigen Rückhalt, aber auch die dafür nötige finanzielle Unterstützung zu geben.

Die strikte Trennung zwischen Staat und Medien darf dabei nicht aufgelöst oder verwässert werden. Ziel muss eine Rettung unserer Medienvielfalt und Wahrung deren Staatsferne sein. Denn wir wollen keine Pro-forma-Vielfalt und keine Medien, die sich

dem Verdacht erwehren müssen, nicht unabhängig zu berichten oder einen Staat, der unter Verdacht steht, sich die Krise zunutze gemacht zu haben, um sich eine willfährige Medienberichterstattung zu sichern. Ein schmaler Grat, den es sich mit Blick auf das Ziel, lohnt zu beschreiten.

Notwendige Hilfsmaßnahmen, um bayerische Medienunternehmen zu erhalten und die Existenz der in der Medienbranche Beschäftigten zu sichern:

1. Systemrelevanz der Medien durch spezifisches Konjunkturprogramm anerkennen

Krisenbedingte Verluste sind bei der Ertragsbesteuerung berücksichtigen und bereits geleistete Umsatzsteuervorauszahlungen zurückzuerstatten. Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, einen Soforthilfefonds einzurichten, aus dem existenzgefährdete bayerische Zeitungs- und Zeitschriftenverlage sowie kleine und mittelständische Medienunternehmen zunächst für das Jahr 2020 90% des Umsatzniveaus von 2019 erhalten, um ihre Umsatzrückgänge ausgleichen zu können, ihre Mitarbeiter*innen nicht zu verlieren und ihre Berichterstattung nicht einschränken zu müssen. Ergibt sich Ende 2020, dass ein Teil der entgangenen Einnahmen nach Ende der Krise wieder aufgeholt werden konnte, werden diese mit den geleisteten Hilfen verrechnet und durch die Medienunternehmen zurückgezahlt. Der Fonds wird durch die BLM als unabhängige Behörde verwaltet. Durch die Bemessung der Hilfgelder anhand des Umsatzes aus dem Vorjahr wird die Unabhängigkeit der Medien gewahrt.

2. Innovationsmittelfonds zur Unterstützung des Transformationsprozesses

Journalismus muss im Digitalen Wege finden, um Geld zu verdienen. Viele Verlage und viele Journalist*innen sind hier bereits auf einem guten Weg. Diese Bemühungen müssen mit zusätzlichen finanziellen Mitteln unterstützt werden, die durch die BLM vergeben werden können. Die zusätzlichen Belastungen durch die Corona-Krise dürfen diesen Transformationsprozess nicht beeinträchtigen.

3. Solo-Selbständige/ Freie Journalist*innen mit Rückwirkend ab März 2020 min.

1.180 Euro pro Monat unterstützen, um wertvolles Know-How nicht zu verlieren

Solo-Selbständige und Freie bekommen derzeit weder Kurzarbeitergeld noch sonstige Unterstützung. Aufträge brechen aufgrund der Situation der Verlage und Rundfunkanbieter weg. Solo-Selbständige/ Freie und Klein- und Kleinstunternehmer*innen sollen rückwirkend ab März 2020 die Kosten des privaten Lebensunterhalts in Höhe von 1.180€ pro Monat geltend machen

können sowie Soforthilfen gestaffelt nach Unternehmensgröße beantragen können.

4. Übernahme der Sender- und Leitungskosten für alle bayerischen Lokalsender

Die Bayerische Medientechnik (bmt) erlässt allen bayerischen Lokalsendern rückwirkend ab März die Sender- und Leitungskosten, bis sich die Einnahmesituation der Sender wieder normalisiert hat. Die Einnahmen, die der BLM und dem BR dadurch entgehen, sind zu beziffern und zu einem angemessenen Teil über Corona-Staatshilfen auszugleichen.

5. Förderung der Zustellung im ländlichen Raum

Die Zustellung, gerade im ländlichen Raum, stellt einen großen Kostenfaktor für die Verlage dar. Etliche Zeitungen sind deshalb auch dort immer seltener verfügbar. Die Förderung der Zustellung (wie in anderen europäischen Ländern, bspw. Frankreich, Österreich) ermöglicht eine Entlastung, ohne direkt den Journalismus zu finanzieren und die Gefahr einer Abhängigkeit zu schaffen.

Stand: April 2020



KONTAKT:

Maximilian Deisenhofer, MdL

Sprecher für Sport, Medien, digitale und berufliche Bildung

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

im Bayerischen Landtag

Maximilianeum, 81627 München

Tel.: 089 4126-2469

maximilian.deisenhofer@gruene-fraktion-bayern.de

www.gruene-fraktion-bayern.de